

Hannover, 18. Oktober 2013

Protestpostkarten im Landtag überreicht

Gespräch mit SPD-Fraktion vor Haushaltsberatungen

GEW: Arbeitszeit nicht verlängern / Altersregelung für Lehrkräfte umsetzen / Kultusetat erhöhen

Am heutigen Tage hat der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Eberhard Brandt vor dem Portikus des Landtages ein Paket Protestpostkarten an den schulpolitischen Sprecher der SPD Landtagsfraktion Claus Peter Poppe überreicht.

Die GEW und die Lehrkräfte wenden sich mit den Postkarten direkt an die SPD-Landtagsabgeordneten, um diese aufzufordern, in den Haushaltsberatungen für eine Erhöhung des Kultusetats einzutreten.

Brandt begrüßte die Gesprächsbereitschaft der SPD-Abgeordneten Claus Peter Poppe, Michael Höntsch und Stefan Politze. „Unsere Kolleginnen und Kollegen erwarten von den Mitgliedern der SPD-Fraktion, dass sie die Fehler der Haushaltsklausur korrigieren und den Kultushaushalt mit zusätzlichen 80 Mio. Euro ausstatten.“ Das ist der Fehlbetrag, den die Lehrkräfte durch ihre Mehrarbeit und durch das Aussetzen der Altersermäßigung nach den Plänen der Haushaltsklausur ersetzen sollen. „Das Ansehen der rot-grünen Landesregierung bei den 94.000 Beschäftigten in den Schulen wird erheblich beschädigt, wenn die SPD-geführte Landesregierung die Kraft zu dieser Korrektur nicht aufbringt.“ Solche Maßnahmen überlagerten alle anderen guten Entscheidungen und würden bis zu den nächsten Wahlen nicht vergessen. „Die bleiben kleben wie Hundekot an Schuhen“, spitzte Brandt zu. Dieser Schaden stehe im keinem Verhältnis zu den 1,5 Prozent, um die der Kultushaushalt aufgestockt werden muss, um die Verschlechterungen für das Personal zu vermeiden.

Der GEW Landesvorsitzende erinnert an die Erklärung der Landesregierung, sie würde die Maßnahmen gegen die Lehrkräfte nur vornehmen, weil sie nicht genug Geld im Haushalt hätte. „Jetzt sprudeln die Steuern und die Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung in 2014 sind positiver als erwartet. Das können die Fraktionen bei der Aufstellung der politischen Liste nutzen.“ Für die Zukunft brauche Niedersachsen wie alle Bundesländer zusätzliche Einnahmen. Brandt fordert die niedersächsischen Mitglieder des SPD-Parteikonvents auf, dieses Thema bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin zur *conditio sine qua non* zu erklären.

GEW-Gewerkschaftssekretär Rüdiger Heitefaut berichtete, dass die GEW die Personalräte auffordert, alle Abgeordneten der SPD und der Grünen in den nächsten vier Wochen einzuladen, um sie mit der Stimmung in den Kollegien vertraut zu machen und ihnen ihre Erwartungen deutlich mit auf den Weg zu geben. „Der Protest gegen die Arbeitszeitverlängerung und für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen geht weiter“, so Heitefaut.

Kontakt und weitere Informationen: Rüdiger Heitefaut, Mobil 0171/3537529

Verantwortlich: Rüdiger Heitefaut